



Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Das Volksblatt... enthält den Bericht: Sonntags... einander... Das Volksblatt... in das... Organ der gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und anderer... Schriftleitung: Frau 42/24... Druckerei: Friedrich-Wilhelm 40/7... mittags von 12 bis 1 Uhr

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2... nach einjährlicher Aufstellung... für 1925... 2 Mark ab Vorhand oder gegen Einzahlung... 2,30 Mark mit Postgebühren... 10 Mark im Voraus... im Klammerteil 8 Millimeter... Hauptgeschäftsstelle: Frau 42/24... Postfach 4006... Briefkasten: Nr. 111/112/113/114/115/116/117/118/119/120/121/122/123/124/125/126/127/128/129/130/131/132/133/134/135/136/137/138/139/140/141/142/143/144/145/146/147/148/149/150/151/152/153/154/155/156/157/158/159/160/161/162/163/164/165/166/167/168/169/170/171/172/173/174/175/176/177/178/179/180/181/182/183/184/185/186/187/188/189/190/191/192/193/194/195/196/197/198/199/200/201/202/203/204/205/206/207/208/209/210/211/212/213/214/215/216/217/218/219/220/221/222/223/224/225/226/227/228/229/230/231/232/233/234/235/236/237/238/239/240/241/242/243/244/245/246/247/248/249/250/251/252/253/254/255/256/257/258/259/260/261/262/263/264/265/266/267/268/269/270/271/272/273/274/275/276/277/278/279/280/281/282/283/284/285/286/287/288/289/290/291/292/293/294/295/296/297/298/299/300/301/302/303/304/305/306/307/308/309/310/311/312/313/314/315/316/317/318/319/320/321/322/323/324/325/326/327/328/329/330/331/332/333/334/335/336/337/338/339/340/341/342/343/344/345/346/347/348/349/350/351/352/353/354/355/356/357/358/359/360/361/362/363/364/365/366/367/368/369/370/371/372/373/374/375/376/377/378/379/380/381/382/383/384/385/386/387/388/389/390/391/392/393/394/395/396/397/398/399/400/401/402/403/404/405/406/407/408/409/410/411/412/413/414/415/416/417/418/419/420/421/422/423/424/425/426/427/428/429/430/431/432/433/434/435/436/437/438/439/440/441/442/443/444/445/446/447/448/449/450/451/452/453/454/455/456/457/458/459/460/461/462/463/464/465/466/467/468/469/470/471/472/473/474/475/476/477/478/479/480/481/482/483/484/485/486/487/488/489/490/491/492/493/494/495/496/497/498/499/500/501/502/503/504/505/506/507/508/509/510/511/512/513/514/515/516/517/518/519/520/521/522/523/524/525/526/527/528/529/530/531/532/533/534/535/536/537/538/539/540/541/542/543/544/545/546/547/548/549/550/551/552/553/554/555/556/557/558/559/560/561/562/563/564/565/566/567/568/569/570/571/572/573/574/575/576/577/578/579/580/581/582/583/584/585/586/587/588/589/590/591/592/593/594/595/596/597/598/599/600/601/602/603/604/605/606/607/608/609/610/611/612/613/614/615/616/617/618/619/620/621/622/623/624/625/626/627/628/629/630/631/632/633/634/635/636/637/638/639/640/641/642/643/644/645/646/647/648/649/650/651/652/653/654/655/656/657/658/659/660/661/662/663/664/665/666/667/668/669/670/671/672/673/674/675/676/677/678/679/680/681/682/683/684/685/686/687/688/689/690/691/692/693/694/695/696/697/698/699/700/701/702/703/704/705/706/707/708/709/710/711/712/713/714/715/716/717/718/719/720/721/722/723/724/725/726/727/728/729/730/731/732/733/734/735/736/737/738/739/740/741/742/743/744/745/746/747/748/749/750/751/752/753/754/755/756/757/758/759/760/761/762/763/764/765/766/767/768/769/770/771/772/773/774/775/776/777/778/779/780/781/782/783/784/785/786/787/788/789/790/791/792/793/794/795/796/797/798/799/800/801/802/803/804/805/806/807/808/809/810/811/812/813/814/815/816/817/818/819/820/821/822/823/824/825/826/827/828/829/830/831/832/833/834/835/836/837/838/839/840/841/842/843/844/845/846/847/848/849/850/851/852/853/854/855/856/857/858/859/860/861/862/863/864/865/866/867/868/869/870/871/872/873/874/875/876/877/878/879/880/881/882/883/884/885/886/887/888/889/890/891/892/893/894/895/896/897/898/899/900/901/902/903/904/905/906/907/908/909/910/911/912/913/914/915/916/917/918/919/920/921/922/923/924/925/926/927/928/929/930/931/932/933/934/935/936/937/938/939/940/941/942/943/944/945/946/947/948/949/950/951/952/953/954/955/956/957/958/959/960/961/962/963/964/965/966/967/968/969/970/971/972/973/974/975/976/977/978/979/980/981/982/983/984/985/986/987/988/989/990/991/992/993/994/995/996/997/998/999/1000

Verletzung des Friedensvertrages?

Der Räumung der Kölner Zone. Ein Schritt des deutschen Botschafters.

Paris, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoeß, hat am Sonnabend bei der französischen Regierung eine Demande in der Frage der Räumung der Kölner Zone unternommen. Er wurde von dem französischen Botschafter des Außenministeriums, M. Barthélemy, empfangen, mit dem er eine längere Unterredung über die Räumung der Kölner Zone hatte. Auf jeden Fall würde die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar eine offensichtliche Verletzung des Friedensvertrages darstellen und die deutsche Regierung würde eine Klage einbringen, die die Einhaltung des Friedensvertrages sicherstellen würde. In Deutschland die Konstitution eines Kabinetts erschweren müssen, das die von den Alliierten gewünschte Gewähr für die Durchführung des Dawes-Plans bieten würde. Nach dem Zeit Verträgen soll Herr v. Hoeß erklären haben, daß eine Entscheidung über die Räumung von Köln noch nicht getroffen sei und erst später werden könne, sobald der Wert der alliierten Kontrollkommissionen festgestellt, da von dessen Zustand allein die Entscheidung abhängt sei.

friedensvertrag nicht gefunden werden, obwohl man in der Sache selbst ziemlich einig zu sein scheint. Bezüglich der Geschichtsfahrt wird von Frankreich die Zurückführung der internationalen Abkommen von Versailles und Genf vorgeschlagen, eine Regelung, die für Deutschland insofern nicht reiflos betrieblid wäre, als sie sich nur auf Frankreich selbst, nicht aber auch auf die Gesamttheit der französischen Kolonien beziehen würde.

Vor einem deutsch-belgischen Steinlohn-Ausfuhrabkommen.

Brüssel, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Laut Mitternennungen finden gegenwärtig zwischen der deutschen und belgischen Regierung Verhandlungen über die Absetzung der belgischen Einfuhrbestimmungen für deutsche Steinlohn statt. Die belgische Regierung beabsichtigt, unter Vorbehalt der Festsetzung der monatlichen Einfuhrmenge den freien Handel mit belgischen Steinlohn in Belgien wieder auszuüben. Vorläufiglich wird noch vor Ende dieses Jahres eine Regelung getroffen werden, und zwar in der Form, daß die belgische Regierung im Januar 1925 die Einfuhr von 150 000 Tonnen deutschen Steinlohn gestattet wird.

Um die Reichsfahne.

Halle (Saale), 22. Dezember. Die Deutsche Volkspartei hat - wie aus einer anschließenden Weitergabe der Zeitung ersichtlich - beschlossen, einen Antrag auf Ersetzung der schwarzgoldenen Reichsfarben durch die schwarzweißen einzubringen. Da die Annahme dieses Antrages eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage verlangt; und diese Zweidrittelmehrheit selbstverständlich nicht zustande kommt, hat der Antrag nur den demonstrativen Charakter. Dagegen haben die Deutschen Nationalen einen Beschluß gefaßt, die Wiedererrichtung des Schwarz-Weiß-Rot durch Volksentscheid zu erzwingen.

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Möglichkeit zu einem solchen Volksentscheid besteht. Es unterliegt aber auch gar keinem Zweifel, wie dieser Entscheid ausfallen wird. Nichtsdestoweniger kommt angelehnt der Tatsache des deutschen Nationalen Beschlusses doch zum Bewußtsein, daß im neuen Deutschland für die Farben der Republik, für die Schildarmut die Farben sind und für die Interpretierung ihrer Bedeutung bisher viel zu wenig getan worden ist. Es ist die Frage erlaubt: Wer weiß denn in Deutschland überhaupt, welche symbolische Bedeutung und welche historische Bedeutung die Farben Schwarz-Rot-Gold haben? Wieviel Prozent der deutschen Wählererschaft mögen darüber unterrichtet sein, daß Schwarz-Rot-Gold seit einem Jahrtausend die Sehnst nach dem großdeutschen Einheitsstaat verkörpert, und daß die schwarzweißen Farben der Norddeutscher Bundesrepublik die Ausdrucksform der Herrlichkeit und Schwärze des deutschen Volkes sind.

Man kann sich bereits heute eine ziemlich sichere Vorstellung davon machen, mit welchen Mitteln die Deutschenationalen und die Volkspartei bei einem Volksentscheid gegen die Reichsfarben anfangen werden. Der Magdeburger Reichstag, in dem zwar nicht die Reichsfarben, wohl aber der Präsident des neuen Reiches zur Diskussion liegt, läßt die blühenden Mühsalsteine für die Lampe Kampfesweise der Feinde der großdeutschen Einheitsrepublik und ihrer Farben zu. Aber wir haben ja noch ein viel sichereres Mittel, um die Kampfesform der schwarzweißen Herrschaften gegen Schwarz-Rot-Gold zu beurteilen. Der letzte Reichstagswahlkampf hat uns den denkbaren Anknüpfungspunkt gegeben. Mühten wir hier beispielsweise nicht in Halle erleben, daß die Befolgung der mit schwarzweißen Farben geschmückten Propaganda-Kampagnen bei Sitzbänken einer schwarzweißen Fahne in weißes Geheiß. Wieder mit der Judenahne! „Moffricht!“ usw. ausstrahlen? Mühten wir es nicht erleben, daß von wenigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, die Staatsgewalt, soweit uns bekannt, in keinem Falle den Versuch gemacht hat, der antirepublikanischen Schwärze nachzugehen? Wir haben zwar ein Gesetz zum Schutz der Republik; wir haben auch einen Staatsgerichtshof; wir haben in dem genannten Gesetz auch einen Artikel, der die Reichsfarben schützt, - aber von einem Schutz der Reichsfarben ist tatsächlich bis heute so gut wie noch nichts zu bemerken gewesen. Man darf die Fahne der Republik, die deutsche Tricolore nach wie vor beschimpfen, ohne daß ein Haß danach folgt. Die zweifelhaftesten politischen Subjekte überschlagen sich vor Vergnügen, wenn sie die Fahnen ihres Vaterlandes mit Schmutz beverfen können. Der Staatsanwalt, der sich um den Schutz und das Ansehen der republikanischen Reichsfahne schon einmal bemüht hat, muß erst noch gesucht werden.

Wir wollen gern zugeben, daß die republikanischen Farben es nicht leicht gehabt haben, sich zur Geltung zu bringen. Die von allen Seiten geschlagene und unterdrückte Republik hat wenig Zeit und wenig Geld gehabt, etwas für ihre Symbole zu tun. Ihre Sorgen und Not waren einmalig so groß und schwer, daß es wohl verständlich ist, wenn hier und dort die Bedeutung des Symbols unterläßt wurde. Sinnvoll kann, daß der Republikaner in der allgemeinen Notlage die Mittel zur Aufrechterhaltung des Bahrenworts gefehlt haben und daß - eingelebenermaßen - breite Schichten des werktätigen Volkes erst allmählich sich geistig umstellen mußten, um neben der roten Weltanschauungsfarbe die Notwendigkeit des Schutzes und der Propaganda für die schwarzgoldene Fahne der Republik zu erkennen.

Die Reichsbannerbewegung hat einen großen und erheblichen Zug auch in die Fahnenfrage hineingebracht. So gerne wie das anerkennen, so sehr müssen wir jedoch angelehnt der deutschen Nationalen Anstrengungen, das Banner der Republik zu heftigen, darauf hinzuwirken, daß das bisher Geschehene noch nicht genügt. Es gilt die bisherigen Anstrengungen zu verdoppeln und zu verdreifachen und das deutsche Volk mit dem Bewußtsein zu erfüllen, daß die schwarzweiße Fahne das Symbol der demokratischen Staatsgewalt, das Symbol aller ihrer Freiheit ist, die Deutschland in den Abgrund geführt hat, daß aber im Zeichen des Schwarz-Rot-Gold die fortschrittlichen Elemente des deutschen Volkes seit länger als hundert Jahren für die Verwirklichung des großdeutschen Einheitsstaates, also für die Zusammenführung aller deutschen Stämme in einem wirklichen Volksstaat kämpfen. Darüber hinaus muß jede Beschimpfung der republikanischen Reichsfahne stehenden Fußes und der größten Energie zurückgewiesen, muß der Schimpf auf die Erdmündigkeit seiner förmigen Rolle hingewiesen werden; gegebenenfalls, so sollte

Stürmische Vertragsverhandlungen.

Paris, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen, die am Freitag mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien bis zum 30. Dezember vertagt worden sind, soll es am Freitag unmittelbar vor Ende der Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen für Handelsverträge geschehen sein. Da die deutsche Delegation die deutsche Exporterleichterung in den Verhandlungen über den Verlauf und bisherige Ergebnisse der Verhandlungen halten zu müssen glaubt und die Vertreter der deutschen Seite alle Informationen über die tatsächlichen Vorgänge verweigert, sehen wir uns zu unterm anderem genötigt, die französische Darstellung des Sachverhaltes folgen zu müssen. Danach sollen die Vertreter der französischen Handelsministerie so außerordentlich die Verhandlungen erbrochen haben, da der Handelsminister Rainald sich selbst zu einer Intervention benachteiligt gesehen und die französischen Auftritte mit den Worten in ihre Schranken zu weisen haben soll. Der Zweck ihrer Berufung sei eine Verständigung, nicht eine polemische Auseinandersetzung mit den deutschen Delegierten. Die beiden Delegationen hätten sich danach zurückgezogen und als nach Wiederannahme der Sitzung die französischen Sachverständigen ihre ermäßigten Forderungen präsentiert hätten, wäre von den deutschen Delegierten stürmischer Protest erhoben und schließlich die Sitzung demokratisch verlassen worden. Innerhalb der französischen Regierung sei man über diese Zwischenfälle auf peinlichste überwachend, und insbesondere Herr Barthélemy habe am Freitagabend seiner Mißbilligung über die scharfen Ausdrücke geäußert.

Soweit die französische Darstellung. Aus eigener Kenntnis der Dinge vermögen wir hier lediglich hinzuzufügen, daß die am Freitagabend erfolgte Abreise der deutschen Delegation mit diesem Zwischenfall nicht im Zusammenhang steht, wie dies u. a. von der „Berliner“ behauptet wird. Die frühere Unterbrechung der Verhandlungen ist bereits zu Anfang der Woche vereinbart worden.

Noch nicht beseitigte Schwierigkeiten.

Paris, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Über den augenblicklichen Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen werden von den ausländischen deutschen Stelle folgende Mitteilungen gemacht: Die Verhandlungen zwischen der Schweizerindustrie (bisher) sind noch im letzten Stadium des Scheiterns. Die Verhandlungen zwischen der französischen Industrie und der deutschen Industrie sind ebenfalls im Stadium des Scheiterns. Die Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und der französischen Industrie sind ebenfalls im Stadium des Scheiterns. Die Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und der französischen Industrie sind ebenfalls im Stadium des Scheiterns.

Der Zwischenfall, zu dem es in der Sonnenabendung zwischen dem Handelsminister Rainald und dem französischen Botschafter Barthélemy gekommen ist, wird von der deutschen Seite als absolut bedeutungslos bezeichnet, und die von der belgischen realistischen Presse gegebene Darstellung scheint in tendenziöser, gegen den Handelsminister Rainald gerichteter Weise aufzufassen zu sein. Innerhalb der eigentlichen Tarifverhandlungen sind am Sonnabend zum ersten Male die Fragen der Errichtung von Konsulaten, der Seeschiffahrt und des gegenseitigen Niederlassungsrechtes angesprochen worden. Die von belgischer Seite vorgeschlagene Regelung auf Grund gegenseitiger Niederlassungsrechte scheint den Franzosen nicht ohne gewisse Bedenken zu sein. Insbesondere gilt dies für das von Deutschland verlangte Niederlassungsrecht. Auch hinsichtlich der Errichtung von Konsulaten konnte bisher eine feste Stelle be-

Die Reichsregierung gegen den Tempus.

Die Reichsregierung wendet sich in einer längeren Erklärung gegen die fälschlich von „Tempus“ aufgestellten Behauptungen über das Ergebnis der Militärkontrollen in Deutschland. Die Regierung behauptet, den ihr auferlegten Verpflichtungen durchaus gerecht geworden zu sein und bestreitet insbesondere, daß seit 1923 eine Vermehrung der deutschen Wehrmacht stattgefunden habe. Die Reichsregierung hat sich am Sonnabend eingehend mit den außenpolitischen Fragen u. a. auch mit der Militärkontrolle und der Räumung der Kölner Zone befaßt.

Kritische Lage in Spanien.

Paris, 22. Dezember. (Radiotelegramm.) Die aus Spanien kommenden Nachrichten (sprechen davon, daß die spanische öffentliche Meinung durch die jüngsten Ereignisse in der Rivera sich neu zu orientieren beginnt. Man nimmt an, daß die spanische Regierung werden offizielle Meldungen gebracht, daß es im Interesse Spaniens liege, nur Melilla, Ceuta und Larache zu behalten. Das Unwohlsein des Königs, der die Krone der letzten spanischen Königin vertritt, wird als ein Zeichen der Demoralisation weiterer Fortschritte gemacht zu haben. Der Rivera hat sich veranlaßt, ein Manifest herauszugeben, in dem er erneut Offiziere und Mannschaften auffordert, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Für die Verbreitung alarmierender Nachrichten ist die Todesstrafe (!) eingeführt.

Zuspitzung der italienischen Krise.

Rom, 21. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Opposition beschloß auf Grund des von Mussolini angeführten Gesetzentwurfes zur Abänderung des Wahlrechts, ihre Stellung nicht zu ändern und auch an den Sitzungen der am 8. Januar wieder zusammentretenden Kammer nicht teilzunehmen. Damit hat die Mehrheit Mussolinis ihren eigentlichen Zweck verfehlt. Zurati erklärte, daß die Aufspaltung der italienischen Regierung über eine Abänderung des Wahlrechts nicht ernst zu nehmen sei. Mussolini könne weder die Kammer auflösen, noch eine Amnestie erlassen. Tatsächlich hat die Mitteilung von der Spaltung der italienischen Regierung in den Reihen der Rechten große Bestürzung hervorgerufen.

Mussolini ist von der wachsenden Opposition des Parlamentes so stark bedrückt worden, daß er der Kammer einen Gesetzentwurf zur Abänderung des italienischen Wahlrechts vorgelegt hat. Worin die Abänderungsbestimmungen bestehen ist zurzeit noch nicht bekannt. Mussolini hat am Sonnabend dem Reichstag angekündigt, daß es bei seinem Aufammentritt am 8. Januar in die Diskussion über die Wahlrechtsvorlage eintreten könne.

Neuer Botschafter in Washington.

Am 11. ist zum neuen Botschafter in Washington ernannt worden. Zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ist der bisherige Leiter der Abteilung 3 (England, Amerika, Mittelmeer) v. Schubert ernannt worden. Herr von Schubert hat die Geschäfte des Staatssekretärs übernommen.

Offener der albanischen Regierung. Die albanische Regierung hat den Völkern abgeben, auf die internationalen Regierung einzuwirken, um die Beendigung der Kämpfe in Albanien zu erreichen. Gleichzeitig hat die albanische Regierung an alle Großmächte Noten mit der gleichen Bitte geschickt.













